

**CDU-Ratsfraktion
SPD-Ratsfraktion
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
FDP-Fraktion
Fraktion Die Linke**

Stadt Lüdenscheid
Bürgermeister Sebastian Wagemeyer
Rathausplatz 2

58507 Lüdenscheid

Lüdenscheid, 8. Juni 2022

**Antrag für den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid am
20. Juni 2022**

Sehr geehrter Bürgermeister Wagemeyer,
lieber Sebastian,

hiermit beantragen die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, die FDP-Fraktion und die Fraktion Die Linke, nachfolgenden Antrag in die Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid am 20. Juni 2022 aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Oliver Fröhling

(CDU-Ratsfraktion)



(SPD-Ratsfraktion)

gez. Andreas Stach

(Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen)

gez. Jens Holzrichter

(FDP-Fraktion)

gez. Josef Paul Emanuel Filippek

(Fraktion Die Linke)

Gemeinsamer Antrag A45

Antrag

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fordert Land und Bund auf, unter Einbindung der durch die Sperrung der Rahmedetalbrücke betroffenen Kommunen und den Bürgerbeauftragten alles dafür zu tun, um eine spürbare Entlastung unserer Region zu erwirken. Konkret müssen dabei folgende Ziele zum Schutz der heimischen Region umgesetzt werden:

- * Ein Durchfahrtsverbot für den überregionalen Schwerlastverkehr, ausgenommen Quell- und Zielverkehr, muss in der Region für folgende Streckenabschnitte eingerichtet werden:
 - * Auf den Bedarfsumleitungen U16 und U39 in Lüdenscheid,
 - * auf der B54 im Volmetal zwischen Hagen und Meinerzhagen in beiden Fahrrichtungen,
 - * auf der B236 im Lennetal zwischen Letmathe und Werdohl in beiden Fahrrichtungen,
 - * auf der L528 zwischen Halver und Kierspe
 - * auf der L561 zwischen AS Lüdenscheid-Süd und B229 in beiden Fahrrichtungen.
 - * Alternativ sollen andere Möglichkeiten geprüft und ggf. umgesetzt werden, die dazu dienen, den Schwerlast-Durchgangsverkehr zu reduzieren und zu kontrollieren. Eine Möglichkeit wäre die bereits mehrfach vorgeschlagene "Blockabfertigung".

- * Weiträumige Umleitungen des überregionalen Schwerlastverkehrs, ausgenommen Quell- und Zielverkehr in der Region, müssen rechtssicher umgesetzt werden. Diese sollen auf folgenden Autobahnen eingerichtet werden:
 - * in Fahrrichtung Frankfurt ab Westhofener Kreuz über A1 - A3 - A4
 - * in Fahrrichtung Dortmund ab dem Kreuz Olpe über A4 - A3 - A1

- * Überprüfung der Regelungen für die weiträumige Umleitung des überregionalen Schwerlastverkehrs auf Rechtssicherheit. Nach erfolgter Prüfung müssen ggf. alle notwendigen Schritte zur Schaffung der Rechtssicherheit erfolgen.

- * Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Neubau der Rahmedetalbrücke durch den Bund.

- * Schaffung notwendiger Instrumente für einen finanziellen Ausgleich der Schäden an Verkehrsinfrastruktur, sonstiger Infrastruktur sowie an Gebäuden entlang der Umleitungsstrecken, beispielsweise durch einen Sonderfonds.

Begründung

Die Situation in Folge der Sperrung der Rahmedetalbrücke ist für unsere Region untragbar. Der Umleitungs- und Ausweichverkehr wälzt sich seit Anfang Dezember durch die Kommunen an Volme und Lenne. Die Anwohner an den Umleitungsstrecken erleben tagtäglich eine Masse an Schwerlastverkehr, die den bisherigen Anteil am Verkehrsaufkommen im Vergleich zu der Zeit vor der Sperrung um ein Vielfaches übersteigt. Lärm, Schadstoffe und Dreck haben stark zugenommen. Hinzu kommen die Verkehrsbehinderungen und die zunehmenden Schäden an der örtlichen Straßeninfrastruktur und auch an Gebäuden entlang der Straßen.

Betroffen von der Verkehrsbelastung ist auch die heimische Wirtschaft und das Märkische Klinikum als Maximalversorger. Die regionalen Unternehmen leiden nicht nur unter deutlich längeren An- und Abfahrzeiten, sondern müssen auch den weiter ansteigenden Fachkräftemangel bewältigen. Denn die Situation ist gerade auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer problematisch, die zur Arbeitsstelle pendeln und nun deutlich verlängerte Anfahrtszeiten in Kauf nehmen müssen. Zunehmend orientieren sich Beschäftigte um und suchen andere Arbeitsstellen, wodurch der Fachkräftemangel in der Region nochmals verstärkt wird.

Aber es sind auch kleine Unternehmen, Handwerksbetriebe oder auch Gewerbetreibende, die unter dem Stau leiden. Deutlich längere Anfahrtszeiten zu Kunden, aber auch schlechtere Erreichbarkeit für Kunden sorgen für erhebliche Umsatzeinbußen. Immer mehr Unternehmen, die mit nachlassenden Einschränkungen im Zuge der Pandemie gerade wieder in Schwung kamen, haben nun nochmal dramatische Zukunftssorgen.

Ein weiterer Aspekt ist die Sicherheit der Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer, insbesondere Personen, die zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind. Denn die als Blechlawinen durch die Stadt wälzenden Verkehre nehmen oft zu wenig Rücksicht auf Bürgersteige oder Radwege, sodass der Weg durch die Stadt, zur Arbeit, zum Einkauf, zur Schule oder zum Sport zunehmend gefährlich wird. Eltern sind vollkommen zu Recht in Sorge und erwarten von Politik und Verwaltung, dass ihre Kinder geschützt werden.

Somit ist es dringend geboten, endlich für eine spürbare Entlastung zu sorgen. Ein Fernhalten des Verkehrs, der ohnehin nur auf der Durchfahrt ist, würde hier einen wichtigen Beitrag leisten. Ebenso dringlich ist eine Beschleunigung der Verfahren zum Brückenneubau.